

07.02.2018 – PM 04/2018

Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe

IG BAU: Arbeitgeber belasten Verhandlung mit schwerer Hypothek

Wiesbaden – Mit großem Konfliktpotenzial ist heute (für die Red.: 7. Februar 2018) die Tarifrunde für die rund 800 000 Baubeschäftigten in Wiesbaden gestartet. Bei der Auftaktverhandlung zwischen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und den Arbeitgeberverbänden Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) musste die Arbeitgeberseite einräumen, kein vollständiges Verhandlungsmandat zu haben. Damit kann die IG BAU ihre Forderung nach einem bundesweiten 13. Monatseinkommen weder für die Betriebe im Osten noch für die handwerklichen Betriebe in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen und Bremen verhandeln. „Schon zum Start der Verhandlungen belasten die Arbeitgeber die Gespräche mit einer schweren Hypothek. Das birgt erhebliches Eskalationspotenzial“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers. „Wir wollen einheitliche Arbeitsbedingungen für alle Baubeschäftigte – egal ob in Ost oder West, Industrie oder Handwerk, Arbeiter oder Angestellte. Das sichert gleichzeitig einheitliche Wettbewerbsbedingungen in der Branche. Wir fordern die Arbeitgeber auf, schnellstmöglich ein umfassendes und vollständiges Verhandlungsmandat vorzulegen.“

Neben einem Schritt zum vollständigen 13. Monatseinkommen fordert die IG BAU sechs Prozent mehr Lohn und die Bezahlung der Wegezeiten zu den Baustellen. Darüber hinaus soll die Ausbildung in der Branche attraktiver werden. Dafür müssen sämtliche Kosten der Ausbildung übernommen werden. Schließlich fordert die IG BAU ein eindeutiges Bekenntnis zu der bereits vereinbarten Angleichung der Ost- an die Westlöhne bis zum Jahr 2022. Dieses Datum steht auf der Kippe, weil die Angleichungsschritte bisher zu gering waren. Die IG BAU lehnt eine Angleichung zu Lasten der Westlöhne entschieden ab. Zu diesen übrigen Forderungen haben die Arbeitgeber kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt. Die Verhandlungen werden am 28. Februar 2018 in Berlin fortgesetzt.